

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1536

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1536



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

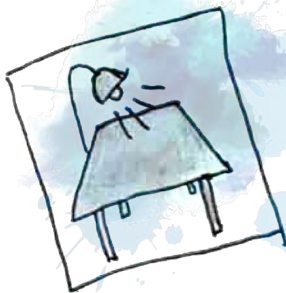
Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Abstimmungsvorlagen September 2018

Sozialethische Gedanken von Thomas Wallimann-Sasaki, Leiter «ethik22»

Fair-Food und Ernährungssouveränität

Beide Initiativen betreffen die Landwirtschaftspolitik wie auch den Umgang mit Lebensmittel, deren Produktion und Handel. Trotz vieler Gemeinsamkeiten gibt es auch Unterschiede.



Sehen

Urteilen Handeln

WAS – Fair-Food

Die „**Fair-Food-Initiative**“ [Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel»] will in der Verfassung festschreiben, dass der Bund das Angebot von Lebensmitteln, die umweltfreundlich, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden, stärkt. Bei einer Annahme legt der Bund Anforderungen an die Produktion und die Verarbeitung fest. Dies gilt sowohl für Produkte aus dem Inland wie aus dem Ausland. Die Initiative will auch die Auswirkungen des Transports von Lebensmitteln auf die Umwelt verringern, die Verschwendung von Lebensmitteln bremsen und die regionale und saisonale Produktion stärken.

WAS – Ernährungssouveränität

Die **Initiative für Ernährungssouveränität** [Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»] fordert vom Bund, dass er stärker als bisher in der Landwirtschaft Vorgaben macht, damit mehr Leute in der Landwirtschaft arbeiten und auch davon leben können. Kleinbetriebe und lokale Produktion sollen direkt und stärker unterstützt werden. Ziel ist eine lokale, vielfältige und nachhaltige Landwirtschaft ohne gentechnisch veränderte Produkte.

TIMELINE

- **Initiative:** Lancierung und Beginn der Unterschriftensammlung durch ein Komitee, das

TIMELINE

- **Initiative:** 2014 Lancierung und Beginn der Unterschriftensammlung durch die Grüne Partei Schweiz
- **Einreichung der Initiative:** 26. November 2015 mit 105'540 Unterschriften.
- **Botschaft des Bundesrates:** 26. Oktober 2016
- **Parlament:** Parlamentarische Behandlung: September 2017 – März 2018. Auf zwei Gegenentwürfe wird nicht eingetreten.
- **Parlament Entscheid:**



Bildquelle: Bundesrat-Portal

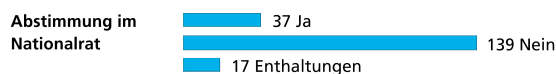
- **Abstimmung:** 23. September 2018

WAS WILL DIE INITIATIVE?

- Produktion von Lebensmittel im Einklang mit Umwelt und Tierwohl.
 - Artgerechte Tierhaltung – gegen Massentierhaltung
 - Deklaration von Tierhaltungsformen auf verarbeiteten Lebensmitteln.
 - Keine Produkte aus tierquälerischer Produktion.
- Produktion von Lebensmittel unter fairen Arbeitsbedingungen.
 - Fairer Handel statt Freihandel: soziale und ökologische Mindestanforderungen für Importe
 - Transparenz über Herkunft und Produktionsbedingungen
- Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft in der Schweiz

von der Bauerngewerkschaft Uniterre getragen wird am 30. September 2014.

- **Einreichung der Initiative:** 30. März 2016 mit 108'680 Unterschriften.
- **Botschaft des Bundesrates:** 15. Februar 2017.
- **Parlament:** Parlamentarische Behandlung: Dezember 2017-März 2018. Nationalrat tritt nicht auf einen Gegenentwurf ein.
- **Parlament Entscheid:**



Bildquelle: Bundesrat-Portal

- **Abstimmung:** 23. September 2018

WAS WILL DIE INITIATIVE?

- Die Förderung einer einheimischen, vielfältigen Landwirtschaft durch den Bund, damit gesunde Lebensmittel hergestellt werden.
- Versorgung mit überwiegend einheimischen Lebens- und Futtermitteln.
- Schonung der natürlichen Ressourcen.
- Wirksame Massnahmen, die der Bund fördert oder umsetzt:
 - Erhöhung der in der Landwirtschaft Tätigen
 - Erhalt von Kulturlächen
 - Verbot genetisch veränderter Organismen
 - Schaffung bäuerlicher Organisationen
 - Preisfestlegung für einen transparenten Markt
 - Stärkung des direkten und regionalen Handels
 - Einheitliche Arbeitsbedingungen für in der Landwirtschaft Angestellte schweizweit

- Marktvorteile für Produkte aus der Region und saisonaler Produktion und deren Verarbeitung
 - Verbesserung der Qualität von Lebensmittelimporten
 - Weniger Lebensmittelverschwendung
 - Klimaschutz dank kürzeren Transportwegen und weniger Lagerung.
- Förderung der einheimischen Produktion – auch durch Regulierung der Importmenge.
 - Förderung sozialer und ökologischer Produktion. Wenn diese bei Importgütern nicht gegeben sind, können Einfuhrzölle erhoben oder die Produkte auch verboten werden.
 - Keine Subventionen für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.
 - Sicherstellung von Informationen und Sensibilisierung.



Gemeinsamkeiten

- Beide kritisieren die negativen Auswirkungen weltweiten Handels und industrieller landwirtschaftlicher Produktion auf Menschen und Umwelt.
- Beide wollen mehr soziale Gerechtigkeit für die Menschen in den Produktionsländern und darum Schweizer Standards (soziale und ökologische Aspekte) für den Import.
- Beide fördern einheimische, lokale und saisonale Nahrungsmittelproduktion.

Unterschiede

Fair-Food will zudem:

- Tierschutz
- Umweltschutzrichtlinien für Transport
- Bekämpfung von Nahrungsmittelverschwendung
- Deklarationspflichten

Ernährungssouveränität will zudem:

- Verbot von Gentechnik
- Gerechte Preise in der ganzen Produktionsketten – festgelegt durch Bund
- Schutz und Förderung von Kleinbauern (höhere Löhne, mehr Leute, Normen für Arbeitsbedingungen)

Welches ist die erfolgreichste Art Landwirtschaft?



<http://www.agrowingculture.org/>

Sehen
Urteilen
Handeln



SACHANALYSE

Fair-Food und Ernährungssouveränität

Die Schweiz produziert gut die Hälfte der benötigten Nahrungsmittel selber. Sie ist also auf Importe von Nahrungsmitteln in Roh- wie auch verarbeiteten Formen angewiesen.

Was ist Fair-Food?

Mit der Fair-Food Initiative fordern die Grünen Schweiz als Initianten, dass importierte und inländische Landwirtschaftsprodukte und Lebensmittel den gleichen Qualitätsanforderungen genügen. Fairness betrifft dabei sowohl Menschen, Tiere und Umwelt. Insbesondere zeigt sich dies auch in den oft langen Transportwegen. Sie belasten nicht nur die Umwelt, sondern auch Tiere wie Lebensmittel. Dies ist letztlich ungesund für alle. (Vgl. weiter unten: Was ist Fairness).

Was ist Ernährungssouveränität?

Initiantin der Volksinitiative zur Ernährungssouveränität ist eine Allianz rund um die Gewerkschaft Uniterre, die vor allem in der Westschweiz verankert ist. Die bäuerliche Gewerkschaft [Uniterre](#) ist Teil der weltweiten Kleinbauernbewegung [Via Campesina](#) und stark von ihr geprägt. (Vgl. zur Geschichte der [internationalen Agrarbewegung](#). Uniterre schreibt

in ihrer Vision, dass im Zentrum von allem der Respekt vor dem Menschen, den Tieren und der Welt stehen muss. Darum ist ihr auch Qualität wichtiger als Quantität und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen steht oben auf der Agenda. Hier treffen ich die Anliegen mit der Fair-Food-Initiative.

Die Bewegung Via Campesina umfasst 182 Organisationen in 82 Ländern auf der ganzen Welt. Ihre Gründung geht in die 1990er Jahre zurück und sie ist eine Reaktion auf die Globalisierung der Agrarmärkte. Die Bewegung fordert mehr Selbstbestimmung angesichts der zunehmenden Landnahme durch grosse agroindustrielle Unternehmen, umweltfreundliche und kleinbäuerliche Landwirtschaft sowie Landreformen und Mitspracherecht für Kleinbauern. Nicht weltweiter Markt ist gut für Menschen, Tiere und Umwelt, sondern den regionalen und lokalen Verhältnissen angepasste Landwirtschaft. Das ist „Ernährungssouveränität“.

Nahrungsmittelproduktion

Die Produktion von Nahrungsmitteln im Rahmen agroindustrieller Unternehmungen orientiert sich an den Grundsätzen des freien Marktes und der Grösse. So stammen die meisten importierten pflanzlichen Nahrungsmittel aus Monokulturen. Diese sind anfälliger auf Schädlinge. Dies führt dazu, dass flächendeckend Pestizide und andere Mittel eingesetzt werden müssen, um die Ernte zu sichern. Verschiedene Studien zeigen, dass diese Form der Nahrungsmittelproduktion im Verhältnis zum Anbau in kleinräumigen Rahmen teurer ist. So führt der industrielle Anbau von Nahrungsmitteln in vielen Ländern auch zur Schädigung der Böden und der Natur. Und viele Bauernfamilien und Arbeitende in der Produktion von Nahrungsmitteln

leben unter prekären Bedingungen, da sie einerseits oft ungesunden Rahmenbedingungen ausgesetzt sind, wenig Rechte haben und kaum etwas verdienen. Diese Mechanismen haben Fair-Food- wie Ernährungssouveränität-Initiative im Hintergrund als Ausgangspunkt.

Weltweit vernetzt

Technisierung und Globalisierung sowie das vorrangige Denken in ökonomischen Kategorien (Geld) hinterlassen weltweit auch in der Landwirtschaft Spuren. Grenzen sind relativ geworden. So wird praktisch auf jedem einzelnen Bauernhof für den weltweiten Markt produziert. Viele Gesetze und Regulierungen der Landwirtschaft sind heute im Hinblick auf eine global handelnde Landwirtschafts- und Nahrungsmittelpolitik formuliert. Gleichzeitig werden Produkte aus der ganzen Welt das ganze Jahr über vor Ort erwartet und konsumiert – ein Blick in die Nahrungsmittelabteilungen grosser Läden zeigt dies eindrücklich. Von dieser Entwicklung profitieren häufig nur wenige. Auch hier teilen die beiden Initiativen ihre Sichtweise.

Ungleichbehandlung führt zu Umdenken

Diese Entwicklung trifft in den Ländern des Südens, kombiniert mit Landverteilungsfragen und mangelnden Möglichkeiten der Mitsprache von Bäuerinnen und Bauern zu immer stärker wirkenden Ungleichheiten, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigungen. Dieser Seite der Globalisierung stehen viele ohnmächtig

gegenüber und sie ist in ihrer Vernetzung und Komplexität auch nicht einfach auf das Handeln weniger Akteure (Multis, Konzerne, Staaten etc.) zurückzuführen.

Die Entwicklung führte aber – angefangen über die Landlosen-Bewegung in den Ländern des Südens – zu einem Umdenken, das das Kernanliegen der Ernährungssouveränität ausmacht: Zurück zur lokalen Wirtschaft. Entwicklungen, die z.B. auch im Zusammenhang mit lokalen Währungen, Vollgeld etc. zu beobachten sind, zeigen sich auch in der

« Die Anzahl Schweizer Bauernbetriebe ist in den letzten 30 Jahren von 125'300 auf rund 55'200 gesunken. »

"Agrarzahlen und Fakten" <https://www.swissinfo.ch/>

Landwirtschaftspolitik: weil globalisierte Märkte lange nicht für alle von Vorteil sind, braucht es Strukturen, die lokale Märkte ermöglichen und stärken. Dies führt zur Forderung nach dem Recht aller Völker und Gruppen, eine eigene Landwirtschafts- und Ernährungspolitik für sich zu bestimmen. Dies ist mit Ernährungssouveränität gemeint! Die Fair-Food-Initiative hat diese weniger im Blick und fokussiert stärker auf strengeren Import- und Transportregeln.

Der Titel der Ernährungssouveränität-Initiative ist vor diesem Hintergrund für Schweizer Verhältnisse nicht ganz präzise, denn die Abstimmung selber ist Ausdruck genau dieser Souveränität: wir können mit dieser Abstimmung unsere Landwirtschafts- und Ernährungspolitik in der Tat bestimmen – und dies gleich zwei Mal, weil

auch die Fair-Food-Initiative Ausdruck dieser Souveränität ist.

Ernährungssouveränität ist also nicht Autarkie. Diese würde bedeuten, dass sich eine Gruppe oder ein Land unabhängig von andern selber ernähren würde. Dies ist weder realistisch noch das Ziel der Initiative.

Die vorhergesagten Konflikte mit den Regulierungen der WTO und anderer Handelsabkommen sind für die Initiativen darum folgerichtig und müssen ausgefochten werden. Sie erkennen in diesem Gegenargument letztlich einen indirekten Beweis für ihre Grundannahme, dass Menschen, Gruppen, Länder und ganze Regionen nicht mehr selber über ihre Landwirtschaftspolitik bestimmen können.

Internationale Abkommen

Beide Abstimmungen betreffen auch internationale Handelsabkommen der Schweiz. Wie weit diese zutrifft, wird unterschiedlich hervorgehoben. Im Hintergrund geht es auch darum, wie internationale Verträge verstanden und gestaltet werden. Laut WTO-Recht dürfen Länder im Grundsatz einheimische Produkte und Importe nicht unterschiedlich behandeln, wenn es nur die Produktionsmethoden betrifft. Nun gibt es laut Bund zu „umweltschonend“, „tierfreundlich“ oder „faire Arbeitsbedingungen“ keine Vorgaben oder Standards, die international anerkannt sind.

Eine von den Initiantinnen der Fair-Food-Initiative zitierte [Studie der Uni Bern](#) zeigt, dass es einen gewissen Spielraum gibt, dieser aber insbesondere für Produkte die als „gleich“ bezeichnet werden (z.B. konventionell produziert Banane im Vergleich zu nachhaltig produzierter Banane) kaum vorhanden ist. Angemerkt wird aber auch, dass sich die Rechtsprechung gerade in

diesen Punkten stetig entwickelt. Zudem erlaubt auch das GATT bestimmte Ausnahmen im Bezug auf Umwelt und Sozialstandards. Auch hier scheint die Rechtslage stark in Bewegung zu sein. Es lässt sich darum zu Recht vermuten, dass die von der Initiative geforderten Massnahmen zu Spannungen mit der WTO und andern Handelsverträgen führen werden, wobei der Ausgang solcher Auseinandersetzungen nicht schon vorgegeben ist. Am wenigsten Probleme bezüglich internationaler Handelsverträge wird die Einführung von Deklarationspflichten schaffen.

Problemlos ist es auch aus Sicht internationaler und bilateraler Handelsverträge, wenn private Firmen den fairen Handel zu ihrem Geschäftsmodell machen und entsprechende Pflichten und Prüfungen ihrer Lieferketten durchführen.

Eine Schwierigkeit des „Markt-Argumentes“ besteht darin, dass in den Produktionsländern häufig keine Verhältnisse herrschen, wie sie die ökonomische Theorie fordert. Das Argument des „freien Marktes“, wie es bei uns verwendet wird, ist darum kritisch zu hinterfragen. So erwähnen Studien, dass z.B. Preisschwankungen in den Herstellerländern von Nahrungsmittel viel grössere Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben als bei uns. Das Argument des „freien Marktes“ kann darum auch dazu benutzt werden, bestehende Machtverhältnisse in den Ländern der Produktion und Verarbeitung nicht hinterfragen zu müssen und bestehende Wertschöpfungsketten nicht zu gefährden.

Schon jetzt möglich?

Der Bundesrat verweist darauf, dass er für die Stossrichtung der Initiativen Verständnis hat (v.a. Fair-food), dass aber die bestehenden

verfassungsmässigen und gesetzlichen Grundlagen vieles schon heute ermöglichen würden und verweist u.a. auf den im September 2017 angenommenen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit. Dies trifft teilweise zu. Die kritische Frage lautet, warum trotz Teilen der Ziele und Anliegen, gesetzlicher Grundlagen und internationaler Anregungen (vgl. Millenniumsziele) nicht mehr in diese Richtung unternommen wird.

Produkte werden teurer

Schon jetzt kosten Produkte aus nachhaltiger oder biologischer Produktion mehr. Es liegt auf der Hand, dass zusätzliche Forderungen nach Nachhaltigkeit und fairen Arbeitsbedingungen in den Anbaugebieten zu höheren Kosten bei der Ernte wie auch für den Transport führen. Diese werden sich auch auf die Kosten der Lebensmittel bei uns auswirken. Wie stark die Kosten für Lebensmittel ansteigen, kann jedoch schlecht vorausgesagt werden. Es ist auch denkbar, dass der Markt für Lebensmittel, die den Zielsetzungen der Initiativen entsprechen, sich anders entwickelt als jetzt angenommen wird.

« ... als einzelner wie auch als Gruppe, Staat und Gesellschaft – ist das Wohl aller Menschen und die Sorge für die Schöpfung Ziel des Handelns. »

SOZIALETHISCHE ANALYSE

Mit dem Essen und mit dessen Herstellung, Verarbeitung und Vertrieb sind nicht nur wirtschaftliche, sondern auch Wertfragen verbunden. Wir kennen dies aus der Erfahrung,

wenn wir an Grundsätze denken wie „Mit Essen spielt man nicht!“ oder „Essen wirft man nicht weg!“. Dies sind moralische Ansprüche, die bestimmte Werte spiegeln. Auch können aus ethischer Sicht „effiziente“ Märkte nicht akzeptierbare, ungerechte Ergebnisse in der Verteilung produzieren. Darauf machten etwa die "Bananenfrauen" zu Beginn der Kampagnen für gerechten Handel mit Bananen schon aufmerksam, was heute im Rahmen von Fair Trade an vielen Orten anzutreffen ist.

Es liegt darum an uns Menschen, den Umgang mit Essen zu gestalten – persönlich für sich selber und gesellschaftlich durch Strukturen, Gesetze und andere Massnahmen. Hier ist Sozialethik als Reflexion und Kunst der richtigen Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen gefragt. Für solches sozialetisches Nachdenken spielen die folgenden Wegweiser eine wichtige Rolle: unsere **Weltsicht**, unser Verständnis von **Nachhaltigkeit**, **Vorsorge** und **Fairness**, sowie **Solidarität** und **Freiheit**.

Weltsicht - Unvollkommenheit

Für einen christlich ethischen Blick auf die beiden Initiativen ist die Unvollkommenheit der Welt, die hochkomplex voller Fehler ist, bedeutend. Die Katholische Soziallehre prägte dafür in den 1980er Jahren den Begriff der „strukturellen Sünde“ – das Wahrnehmen von Strukturen, die zwar die Menschen selber

gemacht haben, aber die für viele Menschen nur noch Leid und Ungerechtigkeiten bringen.

Das Sprechen von „struktureller Sünde“ weist darauf hin, dass diese Probleme nicht einfach durch individuell gutes und richtiges Verhalten

gelöst werden können. „Richtig“ einzukaufen und zu essen als Individuum ist gewiss gefordert, aber es braucht auch strukturelle Massnahmen.

Dieser Begriff beinhaltet zudem die Erkenntnis, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Denn angesichts der Komplexität und Macht bestimmter Strukturen oder Denkweisen (hier der globalen ökonomischen Marktregeln) besteht die Gefahr, vorschnell aufzugeben, gar zynisch zu werden oder einfache und schnelle Lösungen zu fordern.

Weil die Strukturen von Menschen gemacht sind, weist der Begriff auch darauf hin, dass Strukturen und Regelungen immer wieder zu verändern sind, damit mehr Gerechtigkeit möglich wird.

Beide Initiativen wollen die von Menschen gemachten Strukturen, die weder gerecht noch nachhaltig sind, verändern.

« So kann ... Gerechtigkeit für Menschen nicht ohne umweltfreundliche Produktion und Sorge für die Natur erreicht werden. »

Weltsicht - Schöpfungsverantwortung und Gemeinwohl

Für eine christliche sozialetische Reflexion in Fragen der Nahrungsmittelproduktion und den damit verbundenen Rahmenbedingungen ist grundlegend, dass Natur und Menschen von Gott geschaffen sind. Der Mensch muss diese Schöpfung bearbeiten, sonst kann er nicht überleben. Er trägt aber auch Verantwortung dafür, wie er dies tut und wo er Grenzen setzt. Ziel

seines Handelns – als einzelner wie auch als Gruppe, Staat und Gesellschaft – ist das Wohl aller Menschen und die Sorge für die Welt/Natur, die ihn umgibt. Nahrungsmittel sollen darum so produziert, verarbeitet und auch gehandelt werden, dass wirklich alle ein gutes Leben führen können. Es ist offensichtlich, dass dieses Ziel im Lebensmittel- und Agrarmarkt gegenwärtig bei weitem nicht erreicht wird, und die Regeln des Marktes, wie sie jetzt gelebt werden, die Ungleichheiten verschärfen und häufig mehr Armut als gutes Leben schaffen. Zu oft dienen die Handelsregeln und die Preispolitik dem Nutzen von privilegierten Gruppen oder dem Unternehmenserfolg. Darunter leiden nicht nur Menschen, sondern auch die Umwelt, die häufig „nur“ als Ressource betrachtet wird, die „gebraucht“ werden kann.

Das Verständnis der Umwelt als Schöpfung weist zudem darauf hin, dass diese Umwelt nicht einfach eine „Sache“ ist, sondern einen eigenen Wert hat, der respektiert werden muss. So kann – und dies machen beide Initiativen im Einklang mit christlichen Schöpfungsvorstellungen deutlich – Gerechtigkeit für Menschen nicht ohne umweltfreundliche Produktion und Sorge für die Natur erreicht werden.

Zentral für eine Ethik mit Bezug auf Landwirtschaft und Nahrungsmittel sind im Weiteren das Nachhaltigkeits- und Vorsorgeprinzip.

Nachhaltigkeit

Das Nachhaltigkeitsprinzip besagt, dass Entwicklungen von heute die Möglichkeiten späterer Generationen nicht gefährden sollen,

damit diese ihren eigenen Lebensstil wählen und einst ihre Bedürfnisse befriedigen können. Dabei spielen drei Dimensionen zusammen:

Umwelt

Es gilt Sorge zu tragen zur Umwelt, insbesondere zur aussermenschlichen Natur, zu Böden oder Luft. Die Ressourcen der Welt sind endlich. Darum sollen erneuerbare Ressourcen gefördert werden und man soll mit ihnen effizient umgehen.

Wirtschaft

Wirtschaft soll für alle (!) ausreichend Wohlstand schaffen und dabei die Umweltprinzipien nicht verletzen. Umweltverträglichkeit setzt dem reinen Marktdenken darum Grenzen.

Gesellschaft

Alle sollen am Nutzen teilhaben (Partizipation). Alle, die von einer Massnahme und von Entwicklungen direkt betroffen sind, sollen mitbestimmen können (Demokratie).

Vor diesem Hintergrund gehören die Sorge für die Natur und die Sorge für den Menschen, vor allem für Benachteiligte und Arme unauflöslich zusammen. Darauf weist die Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus hin: es gibt keine ganzheitliche Entwicklung und Entfaltung des Menschen, ohne dass die Umwelt nicht auch einbezogen werden muss. Wer aber zur Umwelt Sorge tragen will, muss auch die Menschen am Rand der Gesellschaft einbeziehen.

Vorsorge

Das Vorsorgeprinzip will, dass Entwicklungen, die schädlich oder lästig werden könnten, frühzeitig zu begrenzen sind. Schon die blosse Möglichkeit einer Schädigung kann also unter

Umständen präventive Massnahmen rechtfertigen. Ursprünglich im Umweltgesetz verankert, spielt es auch dort eine Rolle, wo Menschen und Umwelt eng zusammenkommen. Je mehr die Nachteile der aktuellen Entwicklungen in der Nahrungsmittelwirtschaft als schädliche Folgen der ökonomischen Ansätze und der geltenden Handelsregeln gesehen werden, desto eher verlangt das Vorsorgeprinzip Massnahmen.

Fairness

Was „fair“ genau bedeutet, ist in der ethischen Literatur nicht einfach zu bestimmen. Fairness hängt mit dem Verständnis von Gerechtigkeit zusammen, wobei es unterschiedliche Bestimmungen gibt. Fair – so ein gängiges Verständnis – ist, wenn es keine willkürlichen Bevorzugungen einiger gegenüber andern gibt. Anders gesagt: fair ist, wenn Ungleichbehandlungen mit guten moralischen Gründen gerechtfertigt werden können. Dies wiederum hängt mit den Grundannahmen des Menschenbildes bzw. Kontexts zusammen. Fair im Fussball kann darum etwa anderes sein als fair im Klassenlager oder beim Schwingen.

Fairness wird von vielen auch als Inhalt „sozialer Gerechtigkeit“ verstanden.



Solidarität

Ein zentraler Punkt sozialer Gerechtigkeit und von Fairness als soziale Gerechtigkeit ist Solidarität. Sie bedeutet, dass wir alle im gleichen Boot sitzen und darum auf einander bezogen sind und für einander einstehen müssen. Diese Solidarität zeigt sich hier auf unterschiedlichen Ebenen: Zum einen gilt sie den Menschen in den Anbaugebieten und in den Industrien der Nahrungsmittelverarbeitung, die benachteiligt, instrumentalisiert und ausgenützt werden.

Sie zeigt sich aber auch gegenüber der Natur und der Umwelt: Sorge zum Boden und zu Pflanzen hängt eng mit der Sorge für die Menschen zusammen, die dort arbeiten und leben. Wer Menschen ernst nimmt, muss auch den Boden und die Produktionsbedingungen ernst nehmen.

Schliesslich betrifft Solidarität auch die Menschen im Nahbereich. Hier wird mit der vorliegenden Initiative eine Spannung sichtbar: weltweite Solidarität ist nicht gratis zu haben. Faire Produktion und Handel führen sehr wahrscheinlich zu höheren Preisen. Diese treffen bei uns schwächere Haushalte überdurchschnittlich. Gerade den Schwächeren gegenüber gilt die Solidarität auch bei uns. Diese Spannung können die Initiativen nicht lösen.

Freiheit

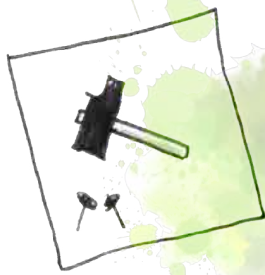
Änderung von Verfassung und Gesetzen betrifft nicht nur die Strukturen, sondern auch die Menschen selber. Tun und machen zu können, was man will, - frei zu sein von Zwängen - gehört zum Kernverständnis menschlicher Freiheit. Je stärker diese Seite der Freiheit betont wird, desto problematischer werden alle Einschränkungen

durch Gesetze und Regeln. Dies äussert sich etwa in der Aussage: „Man darf niemanden zwingen, „bio“ zu essen.“ Dies gilt es ernst zu nehmen. Doch es muss auch gesehen werden, dass kein Mensch für sich alleine lebt – und so hat meine Freiheit eben auch mit den Freiheiten anderer Menschen zu tun. Schon jetzt kennen wir viele Einschränkungen unserer Konsumfreiheit. Entscheidend ist, dass sie aus ethischer Sicht gut begründet ist. Das Wohl aller oder das Tierwohl bzw. der langfristige Schutz der Umwelt oder die Gesundheit gehören zu diesen „guten“ Begründungen, die Konsumfreiheit für alle einzuschränken.

Freiheit hat aber auch einen Verpflichtungsaspekt: Wozu brauche ich meine Freiheit? Dann führt sie zu Verpflichtungen, die ich eingee, weil ich das Wohl aller und der Umwelt im Blick habe. Dieser

« „Man darf niemanden zwingen, „bio“ zu essen.“ Dies gilt es ernst zu nehmen. Doch es muss auch gesehen werden, dass kein Mensch für sich alleine lebt ... »

Aspekt der Freiheit kann auch angesprochen werden, wenn die Initiative die Schweiz dazu bringt, sich weltweit für andere und menschenfreundlichere Handelsbedingungen einzusetzen. Der „freie“ Handel meint dann nicht nur „frei von Zöllen und Zwängen“, sondern eben auch „frei für das Wohl wirklich aller Menschen“.



Sehen Urteilen Handeln

Wie Nahrungsmittel angebaut, verarbeitet, transportiert und gehandelt werden, zeigt, dass Wettbewerb und Preiskampf nicht überall das richtige Mittel sind, damit es allen Menschen gut geht. Die Herausforderung besteht darin, wie und wo die Rahmenbedingungen für die Nahrungsmittelproduktion und die Handelsstrukturen verändert werden, ob durch kleine oder eher grosse Eingriffe. Ob dies der Staat, die wirtschaftlichen Akteure, die Produzierenden oder Konsumierenden selber tun sollen.

Die Fair-Food-Initiative hat wie die Initiative für Ernährungssicherheit nicht nur die lokale Situation, sondern auch den Weltmarkt im Blick. Beide Initiativen sind getragen von einer Vorstellung globaler Gerechtigkeit und der Überzeugung, dass die Sorge zur Umwelt (Mensch, Tier und unbelebte Natur) nur langfristig glaubwürdig ausgeübt werden kann, wenn den Marktmechanismen andere Regeln gegeben werden – und wenn wir hier in der Schweiz mit Veränderungen beginnen.

Aus christlich ethischer Sicht sind die Ziele und die Motivation für beide Initiativen als gut und richtig einzuschätzen. Spannungen ergeben sich aus der Frage, wie und wem gegenüber die Solidarität vorrangig zuzusichern ist: den Menschen in den Anbau- und Produktionsgebieten oder den durch höhere Preise benachteiligten Menschen bei uns. Auch ist abzuwägen, wie weit die Freiheit des Konsums zu

Gunsten einer bewussten und besseren Wertschätzung von Natur, Umwelt, Tier und Menschen eingeschränkt werden darf. Schliesslich gibt es bereits jetzt Gesetzesbestimmungen, die Schritte in die von der Initiative geforderte Richtung ermöglichen. Ob das reicht – oder ob der Bund direkt stärker über Preisbildung oder Deklarationsvorschriften eingreifen muss - darüber gehen die Einschätzungen auseinander.

« Die Herausforderung besteht darin, wie und wo die Rahmenbedingungen für die Nahrungsmittelproduktion und die Handelsstrukturen verändert werden ... »



STELLUNGNAHME JA UND NEIN**Die Abstimmungspositionen***Befürwortende der Fair-Food-Initiative*

- Die Initiative stärkt die Qualitätsstrategie der schweizerischen Ernährungswirtschaft, die vom Bund und den Bauern getragen wird: Man soll mit gutem Gewissen geniessen dürfen!
- Sie entspricht dem zunehmenden Wunsch der Konsumierenden nach Qualität und Nähe. Darum sollen Lokales gefördert und Verschwendung von Lebensmitteln bekämpft werden.
- Marktmechanismen sind veränderbar. Es geht nicht um Verbote, aber um eine Förderung des gerechten Handels.

Nebst den Grünen sind auch die SP und die EVP für die Initiative. Auch wird sie unterstützt von der Kleinbauern-Vereinigung, dem Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauen-Verband, Bio Suisse, Swissaid, Pro Natura und dem Schweizer Tierschutz. Weiter sprechen sich auch lokale Verbände und Parteien dafür aus, so der Westschweizer Bauernverband oder die SVP Waadt.

Gegnerinnen der Initiative

- Die Initiative ist eine grosse Gefahr für den Freihandel.
- Die Grundsätze stehen schon jetzt in der Verfassung und in den Gesetzen und der Bund könnte schon heute mehr tun.
- Man soll den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorschreiben, dass sie „bio“ zu essen hätten.
- Eine Annahme führt zu steigenden Preisen für Nahrungsmittel und wohl zu kleinerem Sortiment. Dies verstärkt den Einkaufstourismus.

Zu den Gegnerinnen der Initiative zählen nebst

STELLUNGNAHME JA UND NEIN**Die Abstimmungspositionen***Befürwortende der Ernährungssouveränitäts-Initiative*

- Kleine Bauernhöfe sollen für Region und nicht für Weltmarkt produzieren.
- Angebot ist so besser auf Nachfrage ausgerichtet.
- Freihandel ist schädlich für Arme und Kleinbauern.
- Agrokonzerne und Grossverteiler wirken sich schlecht auf Fairness und Kleinbauern aus.
- Auch importierte Produkte sollen in Bezug auf Ökologie und Tierschutz Schweizer Standards erfüllen.
- Grossverteiler diktieren Preise und dies wirkt zerstörerisch.
- Weil Landwirtschaftsgesetz nicht umgesetzt wird, braucht es Verankerung in der Verfassung.

Nebst dem Initiativkomitee mit zahlreichen Verbänden (z.B. uniterre, Juso Schweiz, Kleinbauern-Vereinigung, Slow Food, swissaid, Integrale Politik), sagen Grüne und SP ja.

Gegnerinnen der Initiative

- Die Initiative steht im Widerspruch zu internationalem Handelsrecht, weil sie . Dies bedeutet eine Bevormundung von selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürgern.
- Die zusätzlichen Regulierungen führen zu höheren Lebensmittelpreisen sowie zum Einkaufstourismus.
- Die Errungenschaften der letzten 25 Jahre werden geschwächt, ebenso Wettbewerbs- und Innovationskraft der Landwirtschaft.
- Ein Ja würde die aktuell laufenden Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten für ein Freihandelsabkommen erschweren.

Bundesrat und Parlament die CVP, FDP, SVP und die BDP. Auch Verbände wie Economiesuisse, Gastrosuisse, der Schweizerische Gewerbeverband oder Hotelleriesuisse sind dagegen, ebenso die Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien und das Schweizerische Konsumentenforum.

Stimmfreigabe

Die Grünliberalen, der Schweizerische Bauernverband und die Stiftung für Konsumentenschutz haben Stimmfreigabe beschlossen.



Und nun sind Sie gefordert

Wer die Rolle der Schweiz, sich weltweit für umweltfreundlichere und menschengerechtere Produkte, Verarbeitungsprozesse und Arbeitsbedingungen einzusetzen, stärken will und die negativen Folgen durch Preiserhöhungen gerade für einkommensschwächere Haushalte für tragbar betrachtet, wird Ja stimmen, dies auch, damit Druck auf die Umsetzung der bereits bestehenden Gesetze erzeugt wird.

Wer die gegenwärtige Gesetzeslage für ausreichend anschaut, die Solidarität mit den einkommensschwächeren Haushalten in der Schweiz höher gewichtet und die Chancen für Regelveränderungen auf weltweiter Ebene aus Schweizer Sicht eher gering einschätzt, wird Nein stimmen.

- Der Staat bekommt eine viel zu starke Rolle in der Landwirtschaft, weil er zu stark eingreifen muss. Dies ist ein Zeichen von Staatsinterventionismus.
- Viele Forderungen sind heute schon erfüllt, etwa die Förderung einer lokalen, vielfältigen, gentechnikfreien und nachhaltigen Landwirtschaft.
- Die geforderten Massnahmen werden zu höheren Preisen führen.

Zu den Gegnerinnen zählen die FDP, CVP, GLP, BDP, EVP und SVP. Weiter dagegen sind Economiesuisse, GastroSuisse, Hotelleriesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband, die Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien sowie der Schweizerische Obstverband und weitere.

Stimmfreigabe:

Biosuisse, der Schweizerische Bauernverband sowie der WWF haben Stimmfreigabe beschlossen.

Und nun sind Sie gefordert

Es geht bei der Initiative zur Ernährungssouveränität nicht einfach um Landwirtschaft, Kleinbauern und Nahrungsmittel. Im Kern fragt sie, ob die Regeln des globalen Marktes auch in der Landwirtschaft vorrangig gelten sollen und jede Bäuerin und jeder Bauer ein „globaler Wettbewerber“ ist, und alle als freie Konsumierende ein Recht auf frische Mango jederzeit und überall haben sollen. Souveränität setzt diesem Marktdenken durch lokale und regionale Eigenständigkeit Grenzen.

Wer diese Veränderung gesellschaftlich mittragen will, wird eher ja stimmen. Wer in den aktuellen gesetzlichen Grundlagen ausreichend Grundlagen für eine nachhaltige und vorsorgeorientierte Nahrungsmittel- und Landwirtschaftspolitik sieht, wird eher nein stimmen.

Fragen

1. Wie kaufe ich selber ein? Welche Regeln gebe ich mir, zwischen nachhaltig und konventionell produzierten Nahrungsmitteln zu entscheiden?
2. Welche Rolle und Aufgabe sehe ich für die Schweiz bei der Ausarbeitung von internationalen Handelsverträgen? Hat die Schweiz dank Ihres Reichtums eine spezielle Rolle?
3. Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit ich z.B. meine Konsumfreiheit einschränken lasse?

INFORMATIONEN**Informationen zu allen Abstimmungen**[Bundesrat](#)[Parlament](#)[Abstimmungsbüchlein](#)[Easyvote](#)**Informationen zu Fair-Food**[Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und](#)[Veterinärwesen](#)[Ja-Komitee](#)[Nein-Komitee](#)[Kurzfilm: Was ist Fairtrade?](#)[Kurzfilm: Wirklich alles fair gehandelt?](#)[Swiss Fairtrade](#)[Umsatz mit Fairtrade-Produkten in der Schweiz](#)**Informationen zu Ernährungssouveränität**[Bundesamt für Landwirtschaft – Dossier](#)[Ja-Komitee](#)[Nein-Komitee](#)[Kurzfilm: Was ist Ernährungssouveränität?](#)[Kurzfilm: Was ist Agrarökologie?](#)[Spiel über den Tellerrand](#)**Fragen**

1. Wenn ich „nein“ stimme – welche Optionen sehe ich, damit der Schutz von Kleinbauern und lokaler Produktion in Zukunft nicht zu kurz kommt?
2. Wie können lokale Initiativen, regionale Produkte und umweltbewusstes Produzieren, Handeln und Einkaufen in meiner Umgebung umgesetzt werden? Kenne ich Beispiele aus meiner Gegend?
3. Wie trage ich Sorge zu meiner Souveränität im Alltag? Wer bestimmt mich und wo setze ich Grenzen? Welche Grenzen mute ich auch ändern zu?



ethik22

Institut für Sozialethik

IMPRESSUM

Herausgeber: ethik22, Zürich

Redaktion: Thomas Wallimann-Sasaki

Erscheinungsdatum: September 2018

www.ethik22.ch